Von: **Will, Alexander** Alexander.Will@nwzmedien.de
Betreff: WG: Verfassungsschutz-Gutachten zur AfD: Gesichert peinlich und gefährlich
Datum: 4. September 2025 um 17:55
An: WILL ALEXANDER alexfritz@aol.com

Um diese Email als Website anzeigen zu lassen, bitte hier klicken.

Lieber Herr Nachname,

Es ist den freien Medien zu verdanken, dass das Geheimgutachten des Verfassungsschutzes über die AfD veröffentlicht wurde. Der Inhalt ist eine Mischung aus Behörden-Peinlichkeit und gefährlicher politischer Konstruktion, sagt Alexander Will.

Diskutieren Sie mit und schreiben Sie unseren Autoren unter Meinungs-Newsletter@nwzmedien.de

Herzliche Grüße
Dr. Alexander Will

Nun kann man sich selbst davon überzeugen, auf welcher Grundlage der Verfassungsschutz (VS) die AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ einstuft. Die Lektüre ist kein Vergnügen.

Im ersten Teil handelt es sich um juristische Erwägungen, im Zweiten Teil um eine AfD-Zitatensammlung, die so ziemlich alles enthält: alarmistische Hysterie, entgrenzte Wut, irren Unfug, Verschwörungstheorien, harmlose wie zutreffende Kritik – aber in der Mehrzahl Aussagen, die in jeder westlichen Demokratie unter die Meinungsfreiheit fallen. Vieles ist als Beleg für „gesicherten Rechtsextremismus“ an den Haaren herbeigezogen und sophistisch verknüpft.

Wie bemüht die Schlapphüte arbeiten, zeigt sich unter anderem in der Passage über Antisemitismus. Hier müssen sie – da harte Belege fehlen – auf vermeintliche „Codes“ zurückgreifen, und da grenzt es an Esoterik. Kritik an den Finanzzuschüssen des US-Philanthropen George Soros für Nichtregierungsorganisationen ist den Autoren so ein Code, ebenso wie die Erwähnung „globaler Eliten“ oder von „Globalisten“. Die werden zum „Code“ für Juden erklärt.

Geht es noch absurder? Ja: Weil ein AfD-Abgeordneter reiche und damit mächtige Männer – Schwab, Gates und Sorros – in einer globalisierungskritischen Rede in einem Atemzug nannte, würde er Gates „Jüdischsein“ unterstellen – weil Gates eben ein einflussreicher Mann ist. Man fragt sich, wes Geistes Kind der Autor ist, wenn für ihn die Beschreibung eines Menschen, der globalen Einfluss ausübt automatisch etwas mit „jüdisch“ zu tun hat. Mehr hat man nicht. Keine Holocaustleugnung. Keine Hamas-Sympathien. Keine eliminatorischen Fantasien. Dafür tut der VS Solidaritätserklärungen der AfD mit Israel nach dem 7. Oktober als irrelevant ab : Man könne Hamas-Taten gegen Juden verurteilen und gleichzeitig antisemitisch sein. Aha.

Allen Ernstes kreidet der VS der Partei historische Vergleiche mit der DDR-Vergangenheit an. Das geschieht im Rahmen des neu erfundenen Tatbestandes der „Delegitimierung des Staates“. Da heißt es: „Vergleiche mit der DDR, der SED oder anderen totalitären Systemen zielen darauf ab, das Vertrauen der Bevölkerung in eine funktionsfähige Demokratie (…) zu unterwandern.“ Das hätte den DDR-Oberen sehr gefallen – wie auch diese Volte: Jörg Urban, Landesvorsitzender in Sachsen, monierte, dass in Deutschland „kritische politische Äußerungen erfasst und gesammelt werden“ . Ist die Beschreibung eines Vorgangs, der tatsächlich stattfindet, also rechtsextrem? Für den Verfassungsschutz schon. Was auffällt: Es gibt keinen Bezug zu Partei- oder Wahlprogrammen. Kein Wunder, denn für das Anliegen des VS geben diese Dokumente nichts her.

Was also ist das Fazit? Der Verfassungsschutz-Experte Mathias Brodkorb schreibt dazu: „Wir finden im Gutachten beiderlei: eindeutig ‚harmlose‘ und eindeutig verfassungswidrige Äußerungen. Der Verfassungsschutz erklärt sie gleichwohl samt und sonders zu verfassungsfeindlichen Aussagen. Das ist nicht nur wenig überzeugend, es ist offenkundig falsch.“

Das Papier ist im Kern eine Sammlung von Zitaten, die häufig konstruiert in Zusammenhang gebracht werden. Da wurde nicht empirisch gearbeitet, da wurde ein politischer Auftrag erfüllt: Gehet hin, sammelt und konstruiert Belege, die reichen, um Grundlage für ein Parteiverbot zu sein!

Herausgekommen ist ein so peinliches wie gefährliches Papier. Peinlich für die Behörde. Weniger gefährlich für die AfD, aber sehr gefährlich für die Meinungs- und Redefreiheit. Kritik an Regierung, Regierungshandeln, vom Mainstream abweichende Sichten auf Einwanderung und Staatsbürgerschaft, Religionskritik, Vergleich heutiger Entwicklungen mit Zuständen etwa in der DDR ist danach verfassungsfeindlich. Jede kritische politische Äußerung kann für den Äußernden gefährlich werden, ihm das Brandmal „rechtsextremer Verfassungsfeind“ einbringen – und das ist tatsächlich vergleichbar mit der DDR.

Zum Volltext

Michael Sommer

Welche Demokratie wollen wir?

Der Demokratie-Begriff ist auch in Deutschland nicht einheitlich. Die Bevölkerung sollte sich entscheiden, wie sie ihn verstehen will, meint Kolumnist Prof. Michael Sommer. **Weiterlesen**

Christoph Tapke-Jost

Was die Hochschule Vechta so wertvoll für die Region macht

Bei der Landesregierung in Hannover scheint Vechta derzeit keine große Rolle zu spielen. Ein Brandbrief aus der Region zeugt davon. Doch die Uni hat einen riesigen Nutzen, meint Christoph Tapke-Jost. **Weiterlesen**

Sighart Nehring
Das muss die Krisen-Koalition schnell angehen
Gebannt wird das Geschehen in Berlin in aller Welt beobachtet. Was die neue Bundesregierung jetzt angehen muss, hat NWZ-Autor Sighart Nehring aufgeschrieben. **Weiterlesen**

In eigener Sache

Der **Azubi-Express** in Oldenburg bringt Jugendliche direkt zu Betrieben und bietet spannende Einblicke in die Berufswelt. An jeder Haltestelle warten Führungen und interaktive Erlebnisse.

Mehr Infos

Podcast: NWZ Meinung

Aktuelle Kommentare, Kolumnen und Analysen – gelesen von unseren Autoren.

Jetzt informieren

Alexander Will
Ein politischer Glaubensakt
Die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextrem“ ist eine schlechte, politische Farce. Eine unrühmliche Rolle spielt der Verfassungsschutz. Es braucht eine Reform, sagt Alexander Will.
Anhören

Luise Charlotte Bauer
Wochenarbeitszeit: Her mit mehr Flexibilität!
Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und seine schwarz-rote Koalition wollen statt einer Tages- eine Wochenarbeitszeit. Ein vernünftiger Vorschlag zwischen Plattitüden. Das meint Luise Charlotte Bauer.
Anhören

Anhören

Unser Leserforum

Diskutieren Sie mit und schicken Sie uns Leserbriefe unter leserforum@nwzmedien.de

Leserbriefe geben die Meinung des Verfassers wieder. Einsendungen sollten nicht länger als 60 Druckzeilen à 27 Anschläge sein. Aufgrund der Vielzahl an Einsendungen kann nicht jede Zuschrift veröffentlicht werden. Briefe ohne Angabe des Namens werden nicht abgedruckt. Bitte gegen Sie außerdem Ihren Wohnort und Ihre Telefonnummer an. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Gegenderte Texte geben ausschließlich den Sprachgebrauch der Verfasser wieder und werden als solcher übernommen.

Unser Newsletter-Tipp

Hier steht der Genuss im Mittelpunkt: Alle zwei Wochen teilt unser Autor Alexander Will raffinierte Rezepte und widmet sich den schönen Dingen des Lebens.

Jetzt abonnieren

Aktuelle Nachrichten, alles rund um Familien im Nordwesten oder Tipps für Ihren Garten: Mit unseren kostenlosen Newslettern sind Sie immer bestens informiert.

Zur Newsletter-Übersicht

Anzeige

Wir freuen uns über Ihre Weiterempfehlung

Unsere kostenlose NWZ-App

Laden im App Store

JETZT BEI Google Play

Mehr von uns gibt's hier

Nordwest-Zeitung Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Wilhelmshavener Heerstraße 260 ▪ 26125 Oldenburg ▪ Telefon: 0441 / 99 88 - 01 ▪ NWZonline.de
Pflichtblatt der Hanseatische Wertpapierbörse Hamburg und der Börse Berlin
Sitz Oldenburg ▪ Amtsgericht Oldenburg HRA 3586 ▪ USt-IdNr. DE 206584862
Persönlich haftende Gesellschafterin: Nordwest-Zeitung Verlags- und Verwaltungsgesellschaft mbH
Sitz Oldenburg ▪ Amtsgericht Oldenburg HRB 4423
Geschäftsführer: Stephanie von Unruh, Thorben Meiners

Wenn Sie Ihre Newsletter **abmelden oder verwalten** möchten, klicken Sie **hier**.